

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  
Christlich-nationale Gewerkschaft für die



Zentralverbandes \* Köln  
graphische u. papierverarbeitende Industrie

28. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.,  
monatlich 20 Pf. ohne Beleggeld

Köln, den 9. April 1932

Erhebt vierteljährlich Samstags  
Eingabenummer folkt 16 Pfennig

Nummer 8

## Und wiederum - für Hindenburg

Seiten sind die Bogen der Propaganda in Deutschland so hoch gegangen, wie bei der Wahl des Reichspräsidenten. Und nie waren die Methoden der Wahlpropaganda so intensiv, nie aber auch im Inhalt so verschieden. Hinter dieser Verschiedenheit der Wahlpropaganda steht die verschiedene Wesenart derer, die um die Macht rangen. Es ist wiederholt an dieser Stelle ausgeführt worden, daß es ein Ringen zwischen politischer Reife und politischer Unreife ist. Ein Ringen zwischen dem Willen des deutschen Volkes zu politischer und sozialer Mündigkeit, und dem Willen des Nationalradikalismus zu neuer peiniglicher Entmündigung des Volkes, vor allem der Arbeiterschaft. Ein Ringen zwischen nationalernsten, sachlichen Aufbaufähigkeiten des Volkes und planlosem Umsturz. Wobei man beim Willen zu planlosem Umsturz zunächst an die vordrängenden Worthelden des Nationalsozialismus denkt, die erst einmal das Volkswort des Volksstaates, die große Masse des arbeitenden Volkes zu überrennen haben. Hinter ihnen aber stehen die Drahtzieher, deren Machtvolle sich planvoll vorschleibt, nämlich die reaktionären Kräfte der Wirtschaft und Industrie, die nur in der Arbeiter- und Volkserziehung die Garantie des deutschen Aufstiegs sehen wollen.

Man braucht nur einmal eine Nummer der „Deutschen Führerbrieft“, die ja der Industrie sehr nahe stehen, in die Hand zu nehmen, um die Enttäuschung dieser Machtfaktoren im deutschen Volk über den Ausgang des 13. März zu lesen.

Nicht nur Enttäuschung darüber, daß Hitler nicht zur Macht gekommen ist, sondern Enttäuschung auch vor allem darüber, daß Hitler seinen Kampf mit „demokratischen Mitteln“ führt. Daß er nicht ein Mussolini oder Lenin ist, die als Führer entschlossener Winderhellen die Macht in die Hand nahmen, sondern daß er sich mit allen Versprechungen an die Massen wendet, damit sie ihn, gebendet, sanftmütiger durch diese Versprechungen, daß alles „anders“ wird, auf den Thron der Macht tragen. Sie fürchten, daß er von der „Demokratie“ nicht wieder los kommt. „Wird er die Härte und das Formal haben, sie abzuschütteln und nachher wirklich aristokratisch zu regieren ohne den Weisbrauch der Massenverfammlungen, ohne das Beifallsgemurmel der Straße? Das ist immer drängender die Frage.“ So sagen die „Deutschen Führerbrieft“ Nr. 22 vom 18. März.

Es ist richtig, die Wahlmethoden des Nationalsozialismus lassen wenig Hoffnung, daß er einmal „aristokratisch“ regieren wird. Diese Methoden hatten weder mit „Aristokratie“ noch mit „Demokratie“ etwas zu tun. Es waren Methoden, die man nur als letzte Entartung gewissenloser Demagogie bezeichnen kann. Der Nationalsozialismus hat alles an politischer und menschlicher Leidenschaft aufgewendet, was in einem armen, bedrückten Volke aufzuwecken ist. Er hat sich an alle unedlen menschlichen Instinkte gewandt, die in einem Volk, das um seine Existenz ringt, an die Oberfläche drängen. Er hat den Freiheitsfanatismus der Jugend zu ziellosestem Kampf gegen alle Besonnenen entseht. Er hat Trauer um verlorene Vermögenswerte, Sorge um das tägliche Brot zu Neid und Haß gezeugt. Er hat mit einer Strupellosigkeit sondergleichen die Lebensgeschichte des deutschen Volkes, die mit dem Weltkrieg begann, zu einer Schuld des Volkes umgewandelt. Eines Volkes, das im neuen Deutschland mit dem Ausgebot letzter Kraft um den Aufstieg kämpft. Er verlegte die Arbeitermassen, auf deren Schultern die Last des Weltkrieges am meisten lastete, aus deren Reihen die meisten unbekannt Soldaten in fremder Erde ruhen, als Deserteure zu brandmarkten. Er verschiebe den einen großen Mann, der über Krieg, Zusammenbruch, Inflation, über alle Demütigungen des deutschen Volkes hinweg treu zum Volk und seinem unerschütterlichen Aufstiegswillen

stand bis zum heutigen Tag, als Kandidat von Landesverrättern. Er versuchte mit allen Mitteln, ihn aus dem Herzen des Volkes zu reißen.

Um es kurz zu sagen, das Gebaren des Nationalsozialismus im Wahlkampf hatte weder etwas zu tun mit aristokratischen Führerqualitäten, noch mit ehrlichem Gefühl der Verantwortung aller für Volk und Staat, das allein die mögliche Grundlage für einen wirklichen Volksstaat sein kann. Seine Wahlmethoden waren das Gebaren von Rednern, Propagandisten, Journalisten, die sich selbst in einen Machttausch hineingeredet und -geschrieben haben, der ihnen jede Besinnung, jede Abschätzung des Möglichen und Unmöglichen geraubt hat. Und dieser Rausch ist ihre einzige Entschuldigung. Denn die Tatsache, daß diese Strupellosigkeit, diese propagandistischen Lügenmethoden, diese Dokumente von Größenwahnsinn, wie sie die national-

zerstörungswillen der eigenen Volksträfte umgehört wurde und so zur Gefahr geworden ist. Und es ist weiter der reaktionäre Wille weiter Industrie- und Arbeiterkreise, die den Nationalsozialismus nähren, um die Macht der organisierten Arbeiterschaft zu brechen. Diesen Kreisen bedeutet ein „aristokratisches“ Regieren die Diktatur, die dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft eine Grenze setzt, die Gewerkschaften vernichtet und die politischen Rechte des Volkes wieder beseitigt. Um der Schaffung dieser Möglichkeit willen wird von ihnen der Nationalsozialismus gepflegt.

Beide Kräfte sind die Gefahr für deutsches Volkstum. Gegen beide Machtströmungen hat sich das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft am 13. März erfolgreich zur Wehr gesetzt, und diese Abwehr wird am 10. April im zweiten Wahlgang noch nachdrücklicher sein. Denn beide, Revolution und Reaktion, d. h. Arbeiter- und Volkserziehung, wie sie die unbedruckbaren Kräfte der Industrie und Wirtschaft wollen, bedeuten einen Abstieg des deutschen Volkes, wenn nicht gar einen zerstörenden Kampf.

Am 13. März hat der aufbauende Volkswille einen großen Sieg errungen. Man darf mit dankbarer Anerkennung feststellen, daß gerade und vor allem die organisierte Arbeiterschaft mit einer Disziplin um den Bestand des deutschen Volkes gekämpft hat, die, wie auch der neue Wahlausruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zum 10. April sagt, geradezu von geschichtlicher Bedeutung ist. Deutschland darf stolz sein auf seine Arbeiterschaft. Und jeder Volksgenosse der anderen Schichten, der nicht gebendet oder verwirrt durch Parteilebenslust oder Interessensfestlegung ist, wird die Haltung der deutschen Arbeiterschaft für alle Zukunft unseres Volkes positiv werten. Wer gerecht und sehend ist, wer es ehrlich mit dem deutschen Volk und mit der wahren nationalen Aufbaufahrt meint, der wird am 13. März erkannt haben, daß dieses Volk, das in der höchsten Not fern von agitatorischer Phrasen vertrauensvoll und aufrecht seine Stimme für Hindenburg, den Generalfeldmarschall des alten Deutschland und den Reichspräsidenten des neuen Deutschland gab, ein Volk ist, das keine Entmündigung mehr verträgt. Der wird erkannt haben, daß diese Arbeiterschaft, die nach den drückenden Noterordnungen, deren sozialer Sinn nicht immer ganz einleuchtend war, deren Opfer ihren Lebensraum bedrücken und bedrängen, in wahrhaft vaterländischer Ehrenhaftigkeit zu Hindenburg und seiner Pflichtenfestung stand, Schutz, Kraft, nationale Garantie für den Wiederaufstieg des Reiches bedeutet, wenn man ihre junge, disziplinierte Volkskraft nur ehrlich und aufrecht wertet und führt, wenn man ihre Freiheit und ihr Recht achtet. Noch ist der Kampf um den Reichspräsidenten nicht beendet. Aber die Fronten sind klar, und auch der endgültige Sieg ist sicher. Aber auch die Größe des Sieges ist wichtig. Je stärker die Ordnungsträfte des Volkes am 10. April in Erscheinung treten, um so ungehörter ist der Weg des Aufstiegs vorbereitet.

Die christliche Arbeiterschaft wird ihre Kraft mit derselben Sicherheit und Klarheit am 10. April für diesen Weg einbringen, wie sie es am 13. März getan. An der Kraft, der Klarheit und Sicherheit der deutschen Arbeiterschaft, an ihrer politischen Reife, mit der sie sich um den Mann des deutschen Volkes, um Hindenburg gruppiert, wird der Zerstörungswille des Nationalradikalismus abprallen, und die Kräfte der Reaktion werden erkennen müssen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich nicht mehr entrechtet läßt.

Am 10. April fällt die Entscheidung: Freiheit, Recht und Gerechtigkeit — oder Reaktion und Umsturz. Unser Weg ist klar: **Nun erst recht für Hindenburg!**

### Warum wählen wir

## Hindenburg?

Weil er ein Mann ist.

Weil er pflichtbewußt und verantwortungsbewußt handelt.

Weil wir die soziale Reaktion in all ihren Schattierungen bekämpfen.

Weil wir ein freies Vaterland wollen, in dem Recht und Gerechtigkeit herrscht

sozialistische Presse gezeigt hat, aus klaren Überlegungen hervorgegangen, wäre ein so ungeheurer frevelhafter Mißbrauch mit der nationalen Volkskraft, daß es fast unmöglich ist, diesen Mißbrauch aus klarer Überlegung deutschen Männern zuzutrauen.

Wie dem aber auch sei, wir haben als christliche Arbeiterschaft erst nach langer, geduldiger Besinnung das absehende Urteil gegenüber dem Nationalsozialismus ausgesprochen. Wir haben ein klares Urteil ohne jede Demagogie gegen sein Gebaren gefällt. Die Methoden seines Wahlkampfes aber haben unsere Haltung nur noch klarer gemacht.

Hat sich doch klar gezeigt, daß die Herrschaft, die er aufrichten würde, eine Diktatur bedeute, die sich hemmungslos gegen die große Masse des Volkes richten würde. Nur in dem einen geben wir den Führerbriefen recht, in der Sorge, daß er die Geister, die er so frivolo herufen, in denen er alle Haß- und Zerstörungsinsteinte geweckt und genährt hat, wohl nie einordnen könnte. Seine entsehten Anhänger würden ihn zu einer Willkürherrschaft treiben, die allerdings sofort auf entschlossene, starke Volksträfte stoßen würde. Wie groß und diszipliniert diese Volksträfte sind, haben die Wahlaufmärsche der Gegner des Nationalradikalismus gezeigt. Und dieser Zusammenstoß würde den Bürgerkrieg bedeuten.

Im Nationalsozialismus sind nur zwei Kräfte ernst zu nehmen. Das ist der fanatische Freiheitswille der Jugend, der in gewissenloser Weise zum

## Die Tarifregelung im Buchdruck noch ungeklärt

Die am 15. und 16. März stattgefundenen Manteltarifverhandlungen für das Buchdruckgewerbe wurden bekanntlich abgeschlossen. Der Deutsche Buchdrucker-Verein rief deshalb das Zentralschlichtungsamt als nächste tarifliche Instanz an. Unter dem Vorsitz der 3 Unparteiischen wurden die Verhandlungen am 30. März 1932 in Berlin fortgesetzt. Der Leiter der Verhandlungen, Prof. Dr. Brahn, gab bei der Eröffnung folgenden Antrag der Gehilfenorganisationen bekannt:

„Die am Tarifvertrag für das deutsche Buchdruckgewerbe beteiligten Gehilfenorganisationen beantragen unter Zurückstellung ihrer Anträge eine Verlängerung des jetzigen Manteltarifes bis zum 31. März 1933.“

Die nähere mündliche Begründung dieses Antrages löste scharfe Bemerkungen im Arbeitgeberlager aus. Es wurde auf die Lohn- und Preisentwicklung verwiesen, und nachgewiesen, daß der Lohn durch Notverordnung ungemein stärker gesenkt worden ist, als die Preisentwicklung im Ausgleich zu bringen vermöchte. Sollten doch die Lohnsenkungen nach Auffassung der Regierung die Reallohne nicht vermindern, was aber leider doch Tatsache geworden sei. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe beabsichtigen aber, alle wichtigen Bestimmungen im Manteltarif so zu verschlechtern, daß hierdurch eine nochmalige Verschlechterung im Ausmaß der Notverordnung erzielt würde. Diese Absicht finde den schärfsten Widerspruch der Arbeiterschaft. Auch das Reichsarbeitsministerium habe in den letzten Tagen eine amtliche Verlautbarung durch die Presse ergehen lassen, nach der eine erneute allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter nicht tragbar erscheine und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert sei. Ferner wurde auf ein Schreiben des Reichszensors Dr. Brüning über die schädlichste Verbundenheit von Löhnen und Preisen, die das Gleichgewicht im Arbeiterhaushalt garantieren sollen, verwiesen. Dies Gleichgewicht sei aber durch die ungleichmäßige Auswirkung der Notverordnung empfindlich gestört worden und aus diesem Grunde würden sich die Gewerkschaften unter keinen Umständen bereithalten, über irgendwelche Verschlechterungen ihrer bisherigen Bezüge zu verhandeln. Aus diesen Erwägungen müsse die Verlängerung sowohl des Mantel- wie auch des inzwischen gekündigten Lohntarifs gefordert werden.

Die Arbeitgebervertreter suchten die Begründung des Arbeitnehmerantrages mit dem Hinweis zu widerlegen, daß die Auslegung des Reichsarbeitsministeriums nur auf gewisse Lohnverträge Bezug nehme. Im Mantelvertrag handle es sich aber nur um Art und Grundlagen des Lohnes, sowie allgemeine Arbeitsbedingungen, nicht aber um die Lohnhöhe selbst. Außerdem sei es auch notwendig, auf die ergänzenden Auslassungen des Reichsarbeitsministeriums hinzuweisen, daß in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter berechtigt erscheine. Zu den Berufszweigen mit überhöhten Löhnen gehöre nach ihrer Auffassung auch das Buchdruckgewerbe. Der Manteltarif enthalte Auswüchse, die in Zeiten glänzender Konjunktur erwungen worden wären und nun ausgemergelt werden müßten. Diese Operation sei für die Arbeiterschaft schmerzhaft, aber notwendig, wenn der Tarifvertrag überhaupt erhalten werden soll.

Also mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit größerer Elastizität des Tarifvertrages und der enorm angewachsenen Arbeitslosigkeit glaubt man der Arbeiterschaft zumuten zu können, daß letztere sich bereit findet, einer ungemein starken indirekten Lohnsenkung durch Veränderung aller materiellen Grundlagen im Manteltarif zuzustimmen. Diese Zumutungen fanden selbstverständlich nicht nur fürnämlichen Widerspruch, sondern wurden mit stärkstem Protest zurückgewiesen.

Nach mehrstündigen Beratungen der Kammer machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß die 3 Unparteiischen den Antrag auf Verlängerung des Manteltarifs zwar nicht grundsätzlich ablehnen, jedoch nicht in der Lage waren, endgültig zu entscheiden, ehe nicht geprüft sei, was der Inhalt des zukünftigen Manteltarifs sein soll. Das Zentralschlichtungsamt könne also erst im Laufe der sachlichen Beratungen über die Prinzipalsanträge den Verlängerungsantrag der Gehilfen angreifen und darüber entscheiden.

Diese Erklärung führte zu Sonderberatungen der Parteien. Zu Beginn des zweiten Tages der Verhandlungen gaben die Gehilfenorganisationen folgende Erklärung ab:

„Unter nochmaligem Hinweis auf die durch die 4. Notverordnung geschaffene erschwerte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft erklären die Vertreter der Arbeiterorganisationen, daß sie nicht in der Lage sind, sich an einer Beratung der Tarifanträge zu beteiligen, die auf eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung gerichtet sind. Sie lehnen die diesbezüglichen Anträge der Unternehmer von vornherein ab und halten ihren Antrag auf Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages aufrecht.“

Es wurde somit in die Generaldebatte eingetreten, wobei der alte Vertrag als Grundlage für die Reihenfolge der einzelnen Paragraphen diene. Die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins suchten hierbei ihre Abänderungsanträge und die Neuformulierung des Vertrages in der bereits bestimmten Form zur Geltung zu bringen. Demgegenüber forderten die Gehilfenvertreter unveränderte Verlängerung aller bisherigen Vertragsbestimmungen unter Einschaltung einer teils heftigen Kritik gegenüber dem Willen der Arbeitgeber. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit im Buchdruck wurde dem Kapitel Arbeitszeit seitens der Gehilfenvertreter besondere Aufmerksamkeit geschenkt und nachgewiesen, daß nur allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit ein weiteres Umschlagen der Arbeitslosigkeit eindämmen könne. Die Arbeitgebervertreter haben auch hier ihre frühere gegnerische Haltung verteidigt und darauf verwiesen, daß dem gegenwärtigen Zustand freiwilliger Einführung von Kurzarbeit der Vorzug zu geben sei. Man müsse aber die heutigen Bindungen beibehalten, um sich kurzfristig der jeweiligen Lage anpassen zu können. Seit ihr Verlangen doch darauf hinaus, die Arbeitszeit vollkommen variabel zu gestalten, d. h. den einzelnen täglich sozial Stunden zu beschäftigen, wie es der Betriebsinhaber oder Leiter für zweckdienlich erachtet. Im Buch- und Zeitungsgewerbe sei der Arbeitsantrag so verschiedenartig gelagert, daß die Arbeitszeit den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen wäre. Es gäbe aber keine anderen Berufe, wo das Aufschlagwesen so übertrieben und ungesund aufgebaut wäre, wie im Buchdruck. Die geforderten Maßnahmen in Arbeitszeit, Lohnschema, Überstunden, Nacharbeit, Feiertage, Urlaub usw. seien lediglich darauf abgestellt, Erleichterungen für die Betriebe auszulösen, damit mehr Aufträge hereingenommen und mehr Menschen im Gewerbe beschäftigt werden könnten. Von den Schlichtern erwartete man deshalb die notwendige Berücksichtigung der Vorlage des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Die Beihilfenbestimmungen wurden im Beisein eines Vertreters des Handwerks- und Gewerbetagertages aus Hannover eingehend behandelt. Die Forderungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf 50% Ermäßigung des Kostgebens und Abzüge für die Zeit des Fachschulbesuchs, sowie etwaiger Kurzarbeit fanden den schärfsten Widerspruch der Gehilfen. Man verwies auf die Notwendigkeit der Einschränkung der Beihilfenstufen im Interesse der Arbeitlosen. Es sei unverantwortlich, einem überfüllten Beruf mehr Kräfte zuzuführen, als er ertragen kann. Die Statistik der letzten Jahre beweise, daß die jungausgeworbenen Gehilfen am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen würden. Die Kostgebensschädigung entspreche den Anforderungen und Leistungen. Das Gehalt über das zu „hohe“ Kostgeld sei abwegig, weil das Verlangen, immer mehr Lehrlinge einzustellen, im Buchdruck nie verkannt wäre. Der Fachschulbesuch zähle mit zur Ausbildung und man müsse deshalb Abzüge für die Schulbesuchszeit und Kurzarbeit als unmoralisch bezeichnen. Laut Reichsschiedsamturteil seien Abzüge vom Kostgeld für Lehrlinge unstatthaft. Das vorliegende Reichsarbeitsgerichtsurteil dem der eigenen Gerichtsbarkeit überzuordnen, sei unverständlich.

Der Vertreter des Handwerks- und Gewerbetagertages Dr. Detlof, Hannover, nahm zu den beiderseitigen Auslassungen insofern Stellung, in dem er darlegte, daß Abzüge von der Beihilfenspendung für Schulbesuch und Kurzarbeit nicht seine Befürwortung finden könnten. Allerdings beruhe dieses Verlangen aller Voraussicht nach auf dem Umstand, daß die Beihilfenspendung weit über dem Durchschnitt aller sonstigen Berufe liegen. Um übrigen sei es ein Verbot, anzunehmen, durch eine schärfere Abriegelung der Beihilfenspende die Arbeitslosigkeit eindämmen zu können. Auch könnte derartige der Staat aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht gutheißen.

Nachdem dieselben Auslassungen zum Teil widerprochen wurde, trat die Schlichterkammer erneut zusammen. Am Samstag, den 2. April, spätabends, wurde den Vertragsparteien betamtegegeben, daß im Zentralschlichtungsamt noch keine Klarheit über eine Verständigung oder Grundlage zu einem Schiedspruch gefunden sei. Es sei deshalb von den 3 Unparteiischen beschlossen, die Fortsetzung der Verhandlungen bis zum 16. April zu vertagen.

Professor Dr. Brahn hat im Laufe der Verhandlungen wiederholt die Frage über den künftigen Lohn aufgegriffen. Die Gehilfenseite protestierte aber dagegen, weil kein Lohnschema festliegt. Auch die künftige Tarifregelung für das Buchdruckerhilfspersonal wurde von ihm berührt, aber nicht behandelt, weil die Voraussetzungen hierfür auch erst nach dem Abschluß für Gehilfen möglich ist und dann erst Anträge ausgetauscht werden. Man konnte aber bei diesbezüglichen Andeutungen aus Arbeitgeberkreisen herausfinden, daß hierbei mit noch größeren Kontrasten zu rechnen ist.

### Lohntarifkündigungen

Die Lohntarife für Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Buchdruckerbuchbinder sind seitens des Deutschen Buchdrucker-Vereins zum 30. April 1932 gekündigt.

## Vielbesprochene Pläne

Die wirtschaftliche Lage schreit nach Abhilfe. Eine Reihe von Maßnahmen wurde in die Wege geleitet, oder werden geplant, um die so notwendige Anturteilung der Wirtschaft endlich herbeizuführen. Die schon angewandten Mittel haben nicht zum Ziel geführt, wohl aber eine weitere Schrumpfung im Gefolge gehabt. Die Arbeiterschaft ist der Hauptlasttragende dabei und zahlte in der Hauptache die Zehne für die wirtschaftliche Eisenbarrikade.

Weil die bisherigen Maßnahmen nicht den erhofften Erfolg brachten, wird augenblicklich lieberhaft nach neuen Mitteln und Mitteln gesucht. Größere Bedeutung für die Allgemeinheit hat der Plan von Professor Wagemann, der einen Geld- und Kreditreformplan der Öffentlichkeit unterbreitet. Dieser Plan hat zu lebhaften Diskussionen Anlaß gegeben. In der Hauptache läuft der Plan auf eine Kreditausweitung hinaus. Die währungstechnische Deckung des Geldumlaufs soll in anderer Weise als bisher erfolgen. Die heute geltenden Deckungsvorschriften sollen auf Großbanknoten und sogenannte Depositen beschränkt bleiben, während die kleinen Banknoten und sonstigen Zahlungsmittel als Scheidemünzen behandelt werden sollen. Für letztere ist als Deckung ein sogenannter Anleiheblock, der durch börsengängige Wertpapiere, Lombardkredite und Handelswechsel gebildet wird, vorgesehen. Inflationsgefahr oder die Gefahr einer Doppelwährung wird als ausgeschlossen bezeichnet. Der Plan hat eine teilweise vernichtende Kritik gefunden. Falsche theoretische Voraussetzungen werden ihm zum Vorwurf gemacht, und zu falschen Ergebnissen soll er gelangen. So sagten 32 Professore der Nationalökonomie in einer jüngst veröffentlichten Auseinandersetzung mit dem Wagemann-Plan. Zu wachen „Ergebnissen“ man nun gelangt, bleibt abzuwarten.

Großzügige Arbeitsbeschaffung macht als Forderung in letzter Zeit viel von sich reden. Die durch Notverordnung getroffenen Maßnahmen, Lohnsenkungen, Leistungsfürzungen in der Sozialversicherung haben eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit, die Ausbruch der Wirtschaftsschrumpfung sind, nicht zu verhindern gemacht. Das kann und darf kein Dauerzustand bleiben. Gewiß ist nicht ausschließlich die deutsche Wirtschaftsführung schuld. Über die Einwirkungen der Weltlage auf unsere Wirtschaft wurden und werden täglich genügend Gründe angegeben. Eine Gelung der Verhältnisse aber allein und ausschließlich von außenpolitischen Gegebenheiten zu erwarten, geht nicht an. Gänzlich ohne Schuld ist auch die deutsche Wirtschaftsführung nicht an den herrschenden Zuständen. Es müssen darum Mittel und Wege gefunden werden, die zu einer innerwirtschaftlichen Entspannung führen. Die zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe erheben die Politiker und Wirtschaftler nicht der Pflicht, das Problem unverzüglich in Angriff zu nehmen. Darum die Forderungen nach Arbeitsbeschaffung. Über die Frage, wie die notwendigen Mittel für eine wirklich großzügige Inangriffnahme beschafft werden sollen, gehen die bekannt gewordenen Pläne auseinander. Der Reichswirtschaftsrat hat sich eingehend mit den Fragen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt und das Ergebnis seiner Untersuchungen in einer eingehenden Denkschrift niedergelegt. Erfolg versprechend scheint der Vorschlag zu sein, der ein Zusammenwirken von Reich, Ländern und Gemeinden in Verbindung mit Reichsbahn und Reichspost fordert, und darin die Möglichkeit der Lösung des Finanzproblems erblickt. Die Frage ist dringlich, und es ist zu wünschen, daß die verantwortlichen Stellen umgehend das Erforderliche in die Wege leiten.

Bedenklich sind die Pläne, die eine Reform der Sozialversicherung zum Ziele haben. Soweit diese Reformen die Verwaltungsfürge betreffen, kann sicher manches zum Vorteil geändert werden. Die in der Öffentlichkeit wiederholt genannte Aufhebung von 1100 Versicherungsämtern liegt auf der Linie der geplanten Reform. Es wird dadurch sicher eine Menge Verwaltungsarbeit erspart, gleichzeitig aber den Versicherten eine notwendige, kostenlose Zustunftsstelle und rechtspflegerische Einrichtung genommen. Dabei erfährt der Etat der Sozialversicherung nicht einmal eine Entlastung, denn die Versicherungsämter sind vorwiegend kommunale Einrichtungen. Die Aufhebung dieser Ämter wird auch eine stärkere Inanspruchnahme der öffentlichen Rechtsanwaltschaften im Gefolge haben, so daß die auf der einen Seite erzielten Ersparnisse auf der anderen Seite durch erhöhte Ausgaben wettgemacht werden. Außerdem wird ja für den Fortfall der jetzigen Versicherungsämter die Errichtung sogenannter Landesversicherungsämter geplant, ein Plan, der bereits zu lebhafter Kritik Anlaß gegeben hat. Reformen haben nur dann Sinn und erfüllen ihren Zweck, wenn sie tatsächlich Ersparnisse bei voller Wahrung der gesetzlichen Rechte der Versicherten herbeiführen und nicht lediglich weitere Beunruhigung durch überflüssige Erörterung der Rechtsmittel hervorufen. Das bleibt bei aller Reformarbeit zu beachten.

Geplant wird auch eine Verringerung der Krankentassen. Am Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich wird für das Jahr 1929 die Zahl von 7329 Krankentassen nachgewiesen. Früher waren es noch mehr. Man kann schon der Meinung sein, daß hier eine Verminderung der Zahl ohne Nachteile für die Versicherten möglich ist. Bei

den Berufsgenossenschaften, den Trägern der reichsgeföhrlichen Unfallversicherung, wird auch eine Konzentration geplant. Wenn auch die Zahl der Berufsgenossenschaften langsam nicht die bei den Krankenkassen angegebenen Zahlen erreicht, so befindet sich darunter doch eine ganze Anzahl wenig lebensfähiger Gebilde, eine Verminderung ist also zweckmäßig. Über die Reform der Invalidenversicherung ist man zur Zeit nur auf Gerüchte und Vermutungen angewiesen. Man hört von der Absicht, die Selbstverwaltung zu stärken, man hört von Plänen, die auf eine zentrale Zusammenfassung der Bundesversicherungsanstalten, ähnlich dem Aufbau der Angestelltenversicherung, hinauslaufen. Es muß abgewartet werden, was demnächst als Regierungsvorlage herauskommt.

Großes Aufsehen haben die Reformpläne in der Arbeitslosenversicherung erregt. Der Preiskommissar, Oberbürgermeister Goerdeler, trat auf der Vollversammlung des Zweverbandes der Industrie- und Handelskammern für eine Umordnung der Arbeitslosenunterstützung ein. Sein Plan geht dahin, die drei Arten der Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, zusammenzulegen, und die Sorge für die Arbeitslosen den Gewerkschaften zu übertragen. Zu beachten ist, daß Goerdeler Kommunalpolitiker ist und sein Plan mit den Forderungen des Deutschen Städtetages konform geht. Als Sozialpolitiker besitzt der Preiskommissar keinen besonderen Ruf, es wäre aber verfrüht, daraus Schlusfolgerungen auf die Brauchbarkeit seiner Vorschläge zu ziehen, weil darüber erst nach genauerer Prüfung aller Einzelheiten geurteilt werden kann. Es kommt vor allem darauf an, wie die Handhabung gedacht ist, welche Rechte und Pflichten den Gewerkschaften zugebracht sind und ob die Gesamtlösung im Interesse der Arbeitslosen und der Gesamtheit gelingen wird.

Bei all den Plänen muß beachtet werden, daß sie tief in die Interessen der Arbeiterschaft eingreifen und die Gefahr sehr nahe liegt, daß unter dem Druck der augenblicklichen Notlage Maßnahmen getroffen werden, die weniger das Interesse der Arbeiterschaft, sondern mehr das Interesse der öffentlichen Finanzen zum Ziele haben. Darum gilt es, wachsam zu sein und die Pläne nicht nur auf ihre Durchführbarkeit, sondern auch daraufhin zu prüfen, ob sie das Gesetz der unumgänglich notwendigen sozialen Gerechtigkeit nicht vermissen lassen. Hier haben die Gewerkschaften ein großes Betätigungsfeld, und es liegt bestimmt im Interesse eines jeden Arbeiters, wenn er mit dafür sorgt, daß die Gewerkschaften lebens- und arbeitsfähig bleiben.

### Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Wichtiger Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat am Abschluß seiner 2 Tage dauernden Sitzungsperiode einstimmig einen Beschluß gefaßt, der die Reichsregierung ersucht, zur Erhaltung der Liquidität der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung die notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu treffen. Für die Art dieser Maßnahmen gibt der Unterausschuß des Sozialpolitischen Ausschusses in seiner Entschließung Richtlinien. Die Bereitstellung und Sicherung der ordnungsmäßig erworbenen Renten für über 3 1/2 Millionen Empfänger allein aus der Invalidenversicherung, die sonst aus der öffentlichen Fürsorge ganz oder teilweise unterhalten werden müßten, erfordert nach Ansicht des Ausschusses mindestens das gleiche Maß des Eintretens der Reichsregierung, wie es bei den Maßnahmen für andere Bevölkerungsteile, wie zur Hilfe für die Banken, die Industrie und die Landwirtschaft sichtbar geworden ist. Damit hat der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die Notlage der Sozialversicherungen und die Notlage der Invalidenversicherung auf die Entwicklung der Wirtschaftstribe zurückzuführen ist, die ebenso stark die anderen Bevölkerungsteile getroffen hat und andere Wirtschaftszweige, die von der Reichsregierung finanziell unterstützt und saniert wurden.

Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers wegen Erteilung einer ungunstigen Auskunft über den Arbeitnehmer. Hat ein Arbeitgeber sich gelegentlich eines Streitiges über den Inhalt eines Zeugnisses in einem gerichtlichen oder außergerichtlichen abgeschlossenen Vergleich verpflichtet, ein Zeugnis in einem bestimmten Wortlaute auszustellen und vom Zeugnis abweichende ungunstige Auskünfte über den Arbeitnehmer nicht zu erteilen, so macht er sich nach einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 10. August 1931 (R. 220. 231/31 dem betreffenden früheren Arbeitnehmer gegenüber schon dadurch schadenersatzpflichtig, daß er die Auskunftserteilung ablehnt, oder bei der Auskunftserteilung eine Haftpflicht in einer Form ablehnt, die den anfragenden Arbeitgeber stuhig macht und ihn von der Einstellung des betreffenden Arbeitnehmers abhält.

Parteioverteter darf nicht Richter sein! Eine Firma hatte sich im Beschlußverfahren vor dem Arbeitsgericht von 2 Syndikat vertreten lassen, von denen der eine auch Arbeitsrichter war und in der entscheidenden Sitzung dieses Amt auch ausübte, ohne daß es auffiel. Nach § 41 der Zivilprozessordnung darf aber das Richteramt

nicht ausgeübt werden von Personen, die in der zu entscheidenden Sache einer Partei beigestanden haben. Schon das natürliche Rechtsempfinden müßte solche Doppelrollen verhüten. Die Entscheidung wurde angefochten, und das Landesarbeitsgericht in Regensburg hob sie selbstverständlich auch auf. (Beschluß 4 a T. 28/31 vom 4. November 1932.)

### Allgemeine Rundschau

Anton Stockmann †. Am Montag, den 28. März, ist unser früherer Angestellter und Schriftleiter der „Graphischen Stimmen“, Anton Stockmann, in Brolfyn (USA.) nach mehrmonatlicher Krankheit gestorben. Der Verstorbene wurde bei Gründung der Ortsgruppe Münster im Jahre 1905 in den Verband aufgenommen. Schon in jungen Jahren machte er sich als eifriger Arbeiter um den Verband verdient und zugleich in seinem Berufe als ausgezeichnete Fachmann bekannt. Mehrere Jahre leitete er auch die Kölner Ortsgruppe mit großem Geschick. Er erblickte in der fachlichen Weiterbildung seiner Berufskollegen eine Hauptaufgabe, auch zum Vorteil der Organisation.

Im Jahre 1914 wanderte der Verstorbene nach Nordamerika aus und fand auf Grund seiner vorzüglichen Fachkenntnisse sofort eine glänzend bezahlte Anstellung als Handvergoldner in einer Großbuchbinderei in New York. Der inzwischen ausgebrochene Krieg erzwang in ihm starkes Heimweh nach seinem Vaterland. Trotzdem er im allgemeinen von Kriegsschikanen verschont blieb und vorzügliche Existenzbedingungen in Amerika hatte, kehrte er sofort nach dem Fallen der bestehenden Sperren im Jahre 1919 nach Deutschland zurück. Unsere Organisation nahm ihn in ihre Dienste als Schriftleiter der „Graphischen Stimmen“. Mit größter Gewissenhaftigkeit widmete er sich seiner neuen Aufgabe. Seine in Ansehung gesammelten beruflichen und organisatorischen Erfahrungen suchte er mit großem Geschick für die Mitglieder auszuwerten. Die Fachabteilung in Köln fand in ihm ihre größte Stütze.

In der Hochinflation im Jahre 1923 verlor er allerdings auf Grund des ungemainen Druckes der Siegerstaaten, den Glauben an einen Wiederaufstieg Deutschlands und wanderte mit seiner inzwischen gegründeten Familie wieder nach Amerika aus. Alle Versuche, ihn zu halten, scheiterten an seinem unbeugbaren Willen. Für das von seiner Ehefrau betriebene Textilwarengeschäft hatte er kein Interesse, weil er zu stark an seinem Beruf hing und sich unter allen Umständen hauptverantwortlich seiner Familie gegenüber fühlte. Wie früher schon, fand er sofort wieder gutes Untertommen in New York und seit 2 Jahren betrieb er mit einem Kompanon einen eigenen Buchbindereibetrieb in Brolfyn. Im Herbst 1931 wurde er aber von einer schweren Lungen- und Rippenfellentzündung befallen, die schließlich seinem Streben ein Ziel setzte und seiner Familie den Gatten und Vater entriß.

Anton Stockmann war ein edler Charakter und ein überaus gewissenhafter Mensch. Sein Ehrgefühl und seine innere Verbundenheit zu seinem Beruf haben ihm viele Freunde zugeführt. Wir bedauern mit seinen Familienangehörigen seinen frühen Tod, denn er ist im besten Mannesalter von uns gegangen. Wir werden ihn nie vergessen und ihm ein treues Gedenten bewahren.

Gewerkschaften notwendiger denn je! Die letzten Wahlen haben eindeutig bewiesen, daß die Gewerkschaften die stärksten Stützen staatsbürgerlicher Ordnung sind. Gegenüber den zerstörenden Elementen, die in der Zeit höchster außenpolitischer und innenpolitischer Not die niedrigsten Instinkte aufwählen und die Volksschichten gegenentander hegen, hat die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ein Maß von staatsbürgerlicher Einflucht und Disziplin an den Tag gelegt, das manche anderen Volksgruppen nicht aufzubringen vermochten. Und das, obwohl die Arbeiterschaft am spürbarsten von der Not betroffen wurde: Eine jahrzehntelange gewerkschaftliche Schuttlung ist nicht umsonst gewesen. Sie hat die Gewerkschaften gelehrt, in großen staatsbürgerlichen Zusammenhängen zu denken und Verprechen auf ihre Realisierbarkeit kritisch zu prüfen. So fällt sie nicht, wie Tausende anderer Volksgenossen auf die demagogischen Winkeltische extremer Machtgruppen herein, die, trotzdem sie sich dadurch in die unumgänglichen Widersprüche verwickeln, jedem Stande das versprechen, was er gern möchte. Die geschulten Gewerkschaftler fragen sich nüchtern und besonnen, wie soll das geschehen, und wissen so, die Spreu vom Weizen zu unterscheiden. Darum haben sie die letzten Wahlen und sehen sie die nächsten Wahlen an der Seite der Männer, die ihnen durch Notverordnungen zwar Schweres aufbürden mußten, von denen sie aber wissen, daß sie in sachlichem Ernst und kluger Überlegenheit allmählich und stetig die Lage zum Besseren wenden.

Sie wissen, daß eine solche Haltung ihnen und ihrem Stande besser dient, als wenn sie politischen Neuanfänger ihre Stimme geben, die mit ihren unbedürftlichen Machtwörtern die letzten Maßstäbe des Aufstieges zertrümmern. Eine kleine Obersicht der zur

Herrschaft Kommenden wird dabei gut fahren, den unteren Schichten in ihrer Gesamtheit wird es aber um so erbärmlicher gehen.

Konsumvereins-Umsätze wertmäßig gesunken — mengenmäßig gestiegen. Der Gesamtumsatz der Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln, belief sich im Kalenderjahr 1931 auf 180 384 179.— RM., gegenüber 200 953 996.— RM. im Vorjahr. Der Umsatzrückgang beträgt demnach 10,2%. Dieses Ergebnis ist im Verhältnis zu der Schrumpfung der gesamten Einzelhandelsumsätze noch als günstig zu bezeichnen. Über den guten Abschluß der Gepag, Groß-einkaufs- und Produktions UG. deutscher Konsumvereine, Köln, der Warenzentrale des Reichsverbandes, haben wir bereits berichtet. Die Gepag wies im verfloffenen Jahre nur einen Umsatzrückgang von 5,15% auf. Der Index für den Umsatz des gesamten Einzelhandels fiel demgegenüber im Berichtsjahr von 113 auf 98, der Index für Lebensmittel und Kolonialwaren von 120 auf 107, der Umsatzindex der Warenhäuser von 119 auf 101,5.

Mengenmäßig ist der Umsatz der Konsumgenossenschaften noch gewachsen. Dem wertmäßigen Umsatzrückgang von 10,2% stehen Preisentkungen gegenüber, die bei den Genossenschaften des Reichsverbandes im Jahre 1931 wenigstens 15,6% ausmachten. Die mengenmäßige Umsatzsteigerung beträgt demnach 5%.

### Für unsere Jugendgruppen

Denk an die Schulentlassenen! Ostern ist vorbei, mit ihm der Schulschluß. Wieder einmal ziehen junge, hoffnungsfrohe Menschen erwartungsvoll hinaus ins Leben. Bei leider allzu vielen wird die frohe Hoffnung schon getrübt sein durch ihr Wissen um das dräuende Gepein — Arbeitslosigkeit! Es ist unfagbar traurig, daß tausende schulentlassener Jungen und Mädchen arbeitslos werden, ohne überhaupt jemals in Arbeit gestanden zu haben. Mit brennenden Augen werden sie auf die sehen, die das Glück haben, an einem Arbeitsplatz zu stehen. Arbeit ist höchstes Gut, ist Lebensgrundlage für Volk und Stand. Wir wissen das. Daher müssen wir auch bereit sein, die neu in Arbeit Kommenden in unsere Reihen einzugliedern. Wir müssen aber auch bereit sein, all denen zu helfen, die wartend an der Schwelle des Lebens stehen. Sie sind auch unsere Brüder und Schwestern, und gerade weil sie mit leeren Händen vor den geschlossenen Toren der Arbeit stehen, müssen wir ihnen mit doppelter Liebe und Hilfsbereitschaft entgegenkommen. Allen Schulentlassenen bieten wir die treue, helfende Hand. Darum gilt es jetzt und sofort, mit der Werberarbeit unter den Schulentlassenen Augenblicken zu beginnen. Wer wollte leugnen, daß gerade in den jetzigen wildbewegten Tagen unserer Jugend stärkste Gefahren drohen! Im Strudel einer irr sinnigen Zeit wird sie am heftigsten umhergeworfen; die Wogen des ausgepeinigten, larmenden Radikalismus umbranden sie am stärksten.

Erstmal frei von dem Zwang der Schule, der oft drückend empfundenen Enge der Schulpflicht fühlt der junge, schulentlassene Erwerbslose in den ersten Tagen vielleicht nur das Glück des Ungebundenseins. Bald aber kommt die tödliche Langeweile, kommt das Erwachen aus dem Glück einer scheinbaren Freiheit. Es kommt das Wissen, ausgestoßen zu sein von Arbeit und Verdienst und damit der Unfriede mit sich selbst und der Umwelt.

Und die anderen, die Glücklichen, die eine Lehrstelle fanden, einen Arbeitsplatz besetzen konnten? Die Brust voll hochgeschwollter Hoffnung treten sie erstmals in die Freiheit, die nicht mehr eingengt und umgrenzt ist von Schulpflichten. Erwartungsvoll betreten sie die Stätte ihrer Arbeit, die Lebensarbeit, Lebensaufgabe sein soll. Das Neue, Ungewohnte der Arbeit, das Interessante der Arbeitsvorgänge, das Ungezwungene des neuen Lebens fesselt sie zunächst. Aber bald kommt im Gleichmaß der Tage, in der Heße des modernen Arbeitstempes die Ernüchterung. Und bald reißt die Erkenntnis, daß eigentlich der Zwang einer Schule doch leichter zu ertragen ist, als das Eingepanntsein in die harte gebloterliche Pflicht: Arbeit. Dazu tritt die wachsende Einsicht, daß auch im neuen Lande der erträumten Freiheit nicht alles nach Recht und Verdienst zugeht.

Dann kommt plötzlich die Erbitterung, die Unzufriedenheit. In diesem Unfrieden des arbeitslosen und des arbeitenden jungen Menschen liegt die große Gefahr für die Jugendlichen. Unfriede bedeutet Empfindlichkeit für die Überdrängung des Radikalismus, lähmt den Widerstand gegen alle die vielen schmerzhaften Gefahren unserer irrlichternden, nervösen Umwelt.

Diese Gefahren erkennen und ihnen zu begegnen, ist unsere Pflicht als christliche Junggewerkschafter. Niemand darf sich dieser Pflicht entziehen, sonst wird er mitschuldig am wachsenden Radikalismus der Jugend, mitschuldig an ihrem verfehlten Leben. Helfend und leitend muß deshalb der ältere Freund, die älteren Kollegen eingreifen. Helfen! Es heißt nicht, der Jugend unsere Erfahrung und unsere Ideen schulmeisterlich eintrichtern. Es heißt auch nicht, im Kommando den Jungen unser Wissen aufzubringen. Nein. Dessen heißt hier, der Jugend den erfahrenen, älteren Freund bieten, den Freund, der mit

Ihr fühlen und denken kann, der aber auch in Liebe und Verstehen ihre Gedanken prüft und mit um den rechten Weg ringt. Auch der Jüngste muß ernst genommen werden.

Also heißt helfen: Aufgaben stellen, den Weg zu fruchtbarem Vorwärtstreben und zur Selbstständigkeit ebnen. Wir können in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und in unseren Jugendgruppen gar nicht genug Mitarbeiter haben. Es wäre falsch, die neu hereinströmende Jugend nur betreuen und umsorgen zu wollen. Nein, sie muß mitarbeiten und sie will sich betätigen. Daher darf der Gedanke überhaupt nicht aufkommen in ihr, daß sie nur geduldet sei. Mitleiden, freundiges und ausgeschlossenes Mitleiden erwächt nur da, wo sich Jugend gleichberechtigt eingeschlossen fühlt. Jugend und Alter haben natürlich ebenso ihre besonderen Aufgaben, wie die Kolleginnen und Kollegen ihre bestimmten Sondergebiete zu vertreten haben. Aber alle haben ihren Wert und alle eint das große, schöne Ziel: Arbeit für die Gesamtheit in und durch unsere christliche Gewerkschaftsbewegung.

Um dieses Zieles willen müssen wir alle, trotz der eigenen Müde, mit ganzem Herzen für die neue Berufsjugend eintreten und ihr den Weg zu unserem Verbands, in unsere Jugendgruppen ebnen. Daher aufgeschaut und all die Neulinge im Betrieb hereingeholt und eingegliedert in unsere Reihen. Die christliche Jugend gehört zu uns. Holt sie heran!

**Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen.** Am 16. und 17. April d. J. führt der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen mit Hilfe seiner Gaue und Ortsgruppen in den meisten Teilen unseres Vaterlandes einen Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen durch. Ihm liegt der Gedanke zugrunde, daß das Jugendherbergswert als ein Wert für die gesamte deutsche Jugend in der heutigen Notzeit der Unterstützung und der Förderung des gesamten Volkes wert ist. Es kommt darauf an, der Jugend den Weg in die Natur offenzuhalten, weil nach übereinstimmender Auffassung weite Kreise gerade im regelmäßigen Wandern eine beachtliche Möglichkeit zur körperlichen und geistigen Festigung und Stärkung liegt. Für die erwerbslosen Jugendlichen hat das Wandern und Leben in der Natur erhöhte Bedeutung. Das Wandern der Jugend ist heute untrennbar mit der Jugendherberge verbunden.

Der Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen soll zur Selbsthilfe aufrufen. Es ergeht an alle die herzliche und eindringliche Bitte, an diesen Tagen sich bereitzuhalten, um nach besten Kräften zum Reichsopfer für das notleidende Jugendherbergswert beizutragen.

**Aus den Ortsgruppen**

**Berlin.** Am 12. März 1932 fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Bei Eröffnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Jürgens, der beiden verstorbenen Kollegen Düwell und Walzer. Darauf begrüßte der Vorsitzende alle Kolleginnen und Kollegen, im besonderen den Kollegen Wilhelm Schmidt vom Gutenberg-Bund, welcher, wie so oft schon, das Hauptreferat übernommen hatte. Im Geschäftsbericht führte Kollege Jürgens aus, daß auch unsere Ortsgruppe nicht von der allgemeinen Krise verschont blieb. Dies zeigte sich vor allem in der großen Zahl von Arbeitslosen, welche nur sehr schwer wieder unterzubringen sind und infolgedessen fast reiflos ausgereizert werden müssen. Im ganzen gesehen war aber der Jahresbericht trotz der schweren Zeit für unsere Ortsgruppe nicht ungünstig. Gelang es doch, trotz bedeutenden Mehrausgaben, den Kassenbestand zu halten und unseren Mitgliederstand um 35 Kolleginnen und Kollegen zu erhöhen (Brauel, D. R.). Es war dank der Opferwilligkeit der Mitglieder auch möglich, die Ortsgruppenunterstützung auszubauen, indem wir nun allen Kurzarbeitern, welche 6 Tage ausfallen, den vollen Ortsgruppenzuschlag zahlen.

Nachdem unserem Kassierer, Kollegen Büchler, Entlastung erteilt war, kam die Neuwahl des Vorstandes. Kollege Jürgens dankte allen Mitarbeitern für ihr im vergangenen Jahre bewiesenes Vertrauen und ganz besonders den Funktionären und Vorstandsmitgliedern, die sich in jeder Lage selbstlos zur Verfügung gestellt haben. Er konnte mit Freude feststellen, daß die Arbeit innerhalb des Vorstandes immer in schöner Harmonie erledigt wurde und Beschlüsse stets einstimmig gefaßt wurden. Unter Leitung des Kollegen Lutz wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Nur für den ersten Schriftführer, welcher wegen Krankheit zurücktrat, wurde der bisherige 2. Schriftführer, Kollege Keilich, gewählt. Der alte neue Vorstand dankte für das ausgesprochene Vertrauen und trat sein Amt wieder an.

Nicht am der Hauptreferat des Abends, der Vortrag des Kollegen Wilhelm Schmidt über: „Die neuen Verhandlungen über den Mantel- und Tarif.“ Auch an dieser Stelle wollen wir dem Kollegen nochmals danken für seine glänzenden Ausführungen,

die der gesamten Kollegenschaft so recht deutlich vor Augen führten, mit welcher Rücksichtlosigkeit die Herren Unternehmer heute glauben, der graphischen Arbeiter-schaft Verschlechterungen aufzuzwingen zu können. Es ist den Herren wohl unsahbar, daß Arbeitnehmer auf ihren schwerverdienenden Urlaub nicht verzichten wollen. Die ganze Rücksichtlosigkeit zeigt sich aber in ihrem Antrag, die Kollegenschaft im Krankheitsfall sofort entlassen zu können. Diese Umbauwünsche der Unternehmer zeigen deutlich, welche Geldbeutelmoral in ihren Kreisen herrscht.

Die lebhafteste Aussprache zeigte klar, welche große Empörung über die neuen rigorosen Pläne herrscht. Unter Punkt Verschiedenes wurden die Satzungsänderungen besprochen. Alle Redner waren einer Meinung, daß man unserer Organisation nicht die Geldmittel verweigern darf, um stark und schlagkräftig zu bleiben. Wegen der vorgerückten Zeit mußte die Aussprache eingeschränkt werden, aber der Ausklang war: Nun erst recht für unseren Graphischen Zentralverband.

**Seelbach.** Am Samstag, den 27. Februar 1932, versammelten sich die Mitglieder im Gasthof „Zum Engel“ zur Generalversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Dbert, begrüßte die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen und gab besonders seiner Freude Ausdruck, daß so viele Jungkollegen der Einladung gefolgt waren. Ein besonderer Gruß galt dem Hauptvorstandsmitglied, Kollegen Birt, Freiburg. Im Geschäftsbericht besprach der 1. Vorsitzende noch einmal das Bemerkenswerteste des vergangenen Jahres. Auch in Seelbach hat die Wirtschaftsnot ganz erhebliche Opfer gefordert. Kurzarbeit bis zu 24 Stunden traf selbst in den besten Sommermonaten den größten Teil der Kollegenschaft. Auch die Zukunft ist grau für unser Kartonnagen-gewerbe. So war des öfteren das Bestreben der Arbeitgeber festzustellen, die tariflichen Rechte zu beschneiden. Nur eine straffe Organisation kann das Entschärfen bewahren und weiter ausbauen. Er forderte alle Anwesenden auf, in dieser Notzeit alle Kräfte für die Stärkung unseres Graphischen Zentralverbandes einzusetzen.

Der Kassenbericht konnte im Verhältnis zu der heutigen Zeit als befriedigend bezeichnet werden. Vor allen Dingen bemängelte der Vorsitzende, daß es immer noch einzelne Mitglieder gäbe, welche die Beiträge nicht pünktlich leisteten. Gerade in diesem Punkte bedürfte es von Seiten der Kollegenschaft der größten Ehrlichkeit, damit die spärlich stehenden Mittel auch voll und ganz dem Verbands zugute kämen. Die Kasse befindet sich in guter Ordnung und wurde der Kassiererin Entlastung erteilt.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab keine Veränderungen. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Dbert, Kassierer Kollegin Frau Dbert, 1. Schriftführer Kollegin Himmelsbach.

Den Abschluß der Versammlung bildete ein sehr beifällig aufgenommenes Referat des Kollegen Birt, Freiburg, über seine Reise.

**Waldkirch.** In der Generalversammlung am 19. März erfaßte Kollege B. Moser einen eindrucksvollen Jahresbericht. Steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Schwierigkeiten kennzeichnen die geleistete Arbeit. In 7 Vollversammlungen und 6 Vorstandssitzungen wurden die gewerkschaftlichen Aufgaben erledigt. Der Schulung und Fortbildung diente je ein Kursus auf dem Lindenberg und im Jugendheim. Eine gemeinsame Jugend-versammlung mit der Ortsgruppe Freiburg brachte dem Willen der Jugendgruppen neuen Auftrieb. Trotz der schlechten Geschäftslage (ein Drittel der Mitglieder ist ohne Arbeit) konnte der Mitgliederstand gehalten werden. Leider mußten drei Mitglieder wegen Schlamperei im Beitragszahlen gestrichen werden. Es ist zu hoffen, daß die Erfahrungen der letzten Zeit auch den letzten lauen oder absetzenden Berufsangehörigen aufgerüttelt haben und ihn dem Verbands als treuen Mitarbeiter zuführen.

Der Kassenbericht des Kollegen A. Fischer bot ein Bild emsiger und treuer Gewerkschaftsarbeit. Dank seiner guten Kassenführung lautet der Abschluß für Zentrale und Volkstasse günstig. Einstimmig wurde ihm Entlastung erteilt. In der Aussprache über die Berichte wurden die Leistungen der Ortsgruppe und des Verbandes gebührend gewürdigt und den verantwortlichen Kollegen in Vorstand und Jugendgruppe Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Die Vorstandswahl unter Leitung des Kollegen Birt vom Gutenberg-Bund ergab einstimmige Wiederwahl. 1. Vorsitzender ist Kollege B. Moser, Kassierer und Jugendleiter Kollege A. Fischer, Schriftführer A. Hermann.

Anschließend sprach Kollege Birt über die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Klar und eindrucksvoll schilderte er das unerhörte Vorgehen der Unternehmer und rief zu entschiedener Abwehr auf. Lieber zahle er heute das mehrfache eines Stundenlohnes als Verbandsbeitrag, als zuzulassen, daß die Gewerkschaften finanzschwach und damit nicht mehr kampffähig würden.

Das würde bedeuten, daß die Verbände von der Bildfläche verschwinden und damit soziale Reaktion und Willtür Triumphe feierten. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Appell an die Kollegenschaft, heute mehr denn je in Treue und Geschlossenheit zum Verbands zu stehen.

S. H.

**Literatur-Eingänge, Besprechungen**

**Reichs-Herbergverzeichnis 1932.** 20. Ausgabe. 465 Seiten. Herausgegeben vom Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, Verlags-Abteilung, Hiltchenbach in Westfalen. Preis 90 Pfennig.

Das in den Kreisen der Wanderer aller Richtungen jedes Jahr stark begehrte Büchlein ist diesmal recht frühzeitig erschienen. Man wird also den vertrauten Führer schon bei den Vorbereitungen für die ersten Wanderungen zur Hand nehmen können und sich wieder einmal beim Durchblättern des schmezzelnden Inhalts freuen über die Fülle von Auswahlen, die hier wieder Seite der rund 2100 Jugendherbergen innerhalb der deutschen Reichsgrenzen ist genau besprochen. Besondere Notizen zeigen die Arbeitsgebiete jedes Gaues und weisen zugleich die Orte mit Jugendherbergen nach. Im Zeitteil findet der Wanderer auch diesmal wieder allerlei Wissenswertes für seine Fahrten. So wird das Reichs-Herbergverzeichnis der unentbehrliche Begleiter des Wanderers. Deshalb gehört es auch in jeden Rucksack und in jede Wanderbücherei.

**Bekanntmachungen des Vorstandes**

Die Abrechnung ist fällig. Beitragsreste verzögern den ordnungsgemäßen Abschluß. Erschleiert daher alle durch pünktliche Beitragsleistung die Abrechnung des Kassierers und Vertrauensmannes.

**Abrechnungen** sandten ein bis 4. April 1932: Gumbinnen, Kreuznach, St. Ingbert, Goch, Lippstadt, Lulle, Mainzburg, Ebershausen, Garmisch, Kottswil, Tübingen, Ulm, Gera, Jena, Köslin, Neuruppin, Glog, Lauban, Ohlau, Striegau.

**Geld** sandten ein bis zum 4. April 1932: Breslau, Birmosens, St. Ingbert, München, Acherleben, Goch, Bocholt, Garmisch, Tübingen, Gumbinnen, Kempfen, Münster, Jena, Kottswil, Berlin, Würzburg, Augsburg, Glog, Striegau, Köslin, W. Gladbach, Kreuznach, Mainzburg, Trier, Heilbronn, Lulle, Ebershausen, Ohlau, Ulm.

**Arbeitslosenstatistik.** Soweit die Berichtskarten noch nicht eingelangt sind, bitten wir um befristete Ergänzung.

**Zeitungsaufträge** sollen in möglichst kurzen Zwischenräumen geliefert werden. Auch kleine Beträge dürfen nicht ungenutzt in den Druckschleifen liegen bleiben.

**Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 16. Wochenbeitrag fällig.**

**Anzeigen**

Unserm Kollegen

Cajetan Egle

zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum in der „Frankfurter Zeitung“ am 13. April 1932 die herzlichsten Glückwünsche.

Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Am 24. März starb unser lieber Kollege Anton Gehelen

nach langer, schwerer Krankheit. Bewahren wir ihm ein gutes Andenken.

Ortsgruppe Essen.

Un erwartet rasch verschied unser treuer Kollege Daniel Kremer

am 4. April 1932 infolge eines Herzschlages. Ehre seinem Andenken.

Ortsgruppe Freiburg.

Am 20. März verstarb unser früherer langjähriger Kassierer

Matthias Zettlinger

im Alter von 51 Jahren nach langem und schwerem Leiden.

Der Verstorbene war ein Vorbild der Pflichttreue. Wir bewahren ihm mit allen, die ihn kennen lernten, ein treues Gedenken.

Ortsgruppe Köln.